

Matthias Kopp
Kirche in Kuba

Von der Revolution bis zum Papstbesuch

„Das Wunder ist, daß ein solch außergewöhnlicher Mensch einen bescheidenen Kämpfer und Politiker treffen möchte.“¹ Mit diesen Worten charakterisierte der kubanische Staatschef Fidel Castro seine historische Begegnung mit Papst Johannes Paul II. am 19. November 1996 im Vatikan. Während des Welt-ernährungsgipfels der Vereinten Nationen in Rom war es zu dem Treffen gekommen, das die konsequente Fortsetzung eines bereits seit Mitte der 80er Jahre einsetzenden Tauwetters im Verhältnis von Kirche und Staat auf Kuba darstellt. Von dem Gespräch der beiden Staatsoberhäupter wurde nach außen kaum etwas bekannt. Man habe über die Normalisierung der Beziehungen gesprochen und Fragen im Erziehungsbereich erörtert. Außerdem habe Fidel Castro den Papst zu einem Besuch nach Kuba eingeladen, betonte Vatikansprecher Joaquin Navarro-Valls in einer für den Apostolischen Stuhl üblichen defensiv-zurückhaltenden Erklärung. Gegenüber Radio Vatikan versicherte Castro, ihm sei es wichtig, nach dieser Begegnung ein Klima des Vertrauens und der guten Beziehung mit der Kirche von Kuba zu schaffen. Man könne nicht alles von einem Tag auf den anderen erreichen, aber man müsse daran arbeiten, erklärte Castro: „Ich habe im Papst einen wirklich ehrenwerten Menschen gesehen, ein Mensch, der liebenswert ist, vor dem man Respekt haben muß.“ Mit den Worten „Auf ein baldiges Wiedersehen“ schien damals im Vatikan das letzte Eis gebrochen zu sein, um der historischen Begegnung des „letzten lebenden Mythos des Marxismus mit dem letzten lebenden Mythos des Antimarxismus“ ein zweites Treffen folgen zu lassen².

Die Anfänge der Revolution: Kubas Kirche in einer veränderten Gesellschaft

Wenn Fidel Castro 1999 den 40. Jahrestag der Revolution feiern kann, markiert das einen unermüdlichen Kampf des Jesuitenschülers, der am 16. März 1959 alle Kubaner zum Aufstand gegen den amtierenden Diktator Fulgencio Batista mobilisierte. Castro gelang es, eine kleine Gruppe von Klerus und Laien auf seine Seite zu ziehen. Während sich der Großteil eher abwartend verhielt, warnten nur wenige vor der neuen Gefahr. Castro gelang es jedoch bis heute nicht, die Katholi-

ken untereinander oder von ihren Bischöfen zu spalten. Ihr plötzliches Ghetto-dasein konnte die kubanische Kirche überleben, weil sie sich als eine Einheit verstand, die ihren Platz – wie es später das Zweite Vatikanische Konzil formulierte – mitten in der Welt sah, also auch im kommunistischen Umfeld. Bereits am 7. August 1960 veröffentlichten die Bischöfe einen brisanten Hirtenbrief³, der sich differenziert mit der Revolution Fidel Castros auseinandersetzte. Zum einen begrüßen sie die darin eingeleiteten Maßnahmen zur Landreform, neue Industrialisierungspläne und die Verbesserung des Lebensstandards. Gleichzeitig lehnen sie in aller Schärfe den Marxismus als Staatsform wegen des darin propagierten Atheismus ebenso ab wie die Einführung eines Systems, das die fundamentalen Menschenrechte leugnet.

Den ersten Verhaftungen von Priestern und die Verunglimpfungen jener, die ihren Glauben in der Öffentlichkeit bekannten, folgten Hausdurchsuchungen und die Störung von Gottesdiensten, die insbesondere von Castros jüngerem Bruder Raul – der heute die Politik maßgeblich mitbestimmt – initiiert wurden. In der für die Kirche eskalierenden Situation schilderten die Bischöfe in einem Brief an Castro vom 4. Dezember 1960 die tatsächliche Lage auf Kuba. Wenige Tage später verweigerte er der Kirche die Nutzung der Medien; den Bischöfen war eine wichtige öffentliche Stimme genommen.

Während am 1. Januar 1961 die sozialistische Republik Kuba ausgerufen wurde, war das kirchliche Leben von allen Seiten bedroht: Innerhalb weniger Monate verließen 200 Priester und mehr als 2000 Ordensleute die Insel, über 130 Priester wurden zwangsausgewiesen. Wenige Tage nach der mißglückten amerikanischen Invasion in der Schweinebucht (17. April 1961) verstaatlichte die kubanische Regierung mit einer Verordnung vom 1. Mai desselben Jahres das gesamte Bildungswesen: Die katholische Kirche verlor über Nacht 325 Kollegien und die eigene Universität von Santo Tomás, der evangelischen Kirche wurden 60 Schulen genommen. Ein christlicher Massenexodus begann, der allerdings weniger auf staatlichen Zwang als vielmehr auf ein überstürztes Handeln in der Bevölkerung zurückzuführen ist. Während sich Castro zum Jahresende dem marxistisch-leninistischen Ideal verschrieb, wurde für die Partei festgelegt, daß nur solche Mitglied werden könnten, die sich nicht als Getaufte bekannten.

Zwischen Leiden und Anpassung: Kubas Kirche nicht verfolgt, aber unterdrückt

Der Auswanderungswelle mußte die Kirche entgegentreten. Während der in Havanna seit 1954 stationierte Nuntius Luigi Centoz der Situation fast hilflos gegenüberstand, schickte der Vatikan einen eigenen Gesandten nach Kuba, Cesare Zachi, der später selbst Nuntius werden sollte. Er führte geschickte Verhandlungen mit der Regierung und konnte so eine blutige Verfolgung verhindern. Seine Idee,

den vom Kommunismus nur eng gewährten Spielraum für Religion und Kirche so gut wie möglich zu nutzen, erwies sich als richtig. Die Kirche mußte neu lernen, eine Kirche des Volkes zu werden, nachdem sie sich lange genug mit der herrschenden Schicht – wie in vielen latein- und mittelamerikanischen Staaten – arrangiert hatte. Über Zacchi heißt es, daß es ihm gelang, „die unter dem Batista-Regime amtierenden und mit diesem teilweise sympathisierenden Bischöfe durch eine neue Bischofsgeneration abzulösen und die diplomatischen Beziehungen zwischen Kuba und dem Vatikan ohne Unterbrechung aufrechtzuerhalten“⁴. Zwar gab es in den spannungsreichen Jahren zwischen 1962 und 1974 in Havanna nur einen vatikanischen Geschäftsträger; mit einer Reise des vatikanischen „Ostpolitikers“ Agostino Casaroli konnte dann aber wieder ein offizieller Nuntius eingesetzt werden.

Die Zahlen des kirchlichen Lebens sprechen in dieser Phase für sich: Während es vor der Revolution noch 725 Priester gab (1962: 231; 1969: 215; 1971: 193) sind es heute wieder 288. Der Staat verweigert in den vergangenen Jahren aktuelle statistische Angaben. Zum Anfang der 90er Jahre werden nach Schätzungen von den 10,9 Millionen Einwohnern der Insel fast 40 Prozent dem katholischen Glauben zugerechnet (1960 rund 90 Prozent), 1,4 Prozent sind Protestanten. Nahezu 50 Prozent der Bevölkerung bezeichnen sich als nicht religiös und 6,4 Prozent halten sich für Atheisten. Während der Gottesdienstbesuch 1954 noch 17 Prozent aller christlichen Konfessionen auf Kuba ausmachte, sind es heute – so vermutet man – nur noch zwei Prozent (davon ein Prozent Katholiken).

Am 31. November 1997 stellte sich die pastorale Situation auf Kuba nach internen vatikanischen Angaben wie folgt dar: 4 808 000 Katholiken (43,63 Prozent der Bevölkerung), zehn Diözesen mit 253 Pfarreien und 434 sogenannten „pastoralen Zentren“. Insgesamt wirken auf Kuba 14 Bischöfe, 143 Diözesan- und 145 Ordenspriester (gesamt 288), 37 ständige Diakone, 496 Ordensleute (nicht Ordenspriester), 26 Mitglieder in Säkularinstituten, 201 Katechisten und 72 Seminaristen. Es gibt rund zehn große caritative und soziale Einrichtungen, zu denen zahlreiche Einzelprojekte und Initiativen hinzukommen. Nach diesen Angaben kommt ein Priester auf 38 264 Einwohner bzw. auf 16 694 Katholiken. Papst Johannes Paul II. hat während seines Kubabesuchs am 24. Januar 1998 eine zusätzliche elfte Diözese gegründet (Guantánamo-Barcoa, die von der Erzdiözese Santiago de Cuba abgetrennt wurde).

Nach wie vor ist auf Kuba eine besondere Form des mittelamerikanischen Katholizismus karibischer Prägung festzustellen. Ein großer Teil der Bevölkerung – katholisch und nicht bekennend – fühlt sich dem afroamerikanischen Santeríakult verbunden. Ohne eine hierarchische Struktur und ohne Organisation hat sich diese lokale – häufig auch synkretistische – Kultform bis heute durchgehalten. Santería meint soviel wie heiligmäßige Fähigkeiten und ist durch eigene Wallfahrtsstätten ausgeprägt. Der schwierig zu fassende Begriff ist ursprünglich ein

christlicher Ausdruck, der im Bereich der Volksreligiosität anzusiedeln ist, der „auf Kuba zur Standardbezeichnung für die dortigen Phänomene von afroamerikanischer Religionspraxis geworden ist“⁵.

Neben diesem Phänomen ist ein wichtiger Aspekt die Religiosität unter Jugendlichen. Geht man von der Zahl der in den 70er Jahren praktizierenden Katholiken mit zwei Prozent aus, waren davon mehr als 70 Prozent älter als 50 Jahre. Religionsvermittlung konnte deshalb an die jüngere Generation außer in aktiv kirchengebundenen Familien und dem Gottesdienstraum kaum noch geschehen. Um so erstaunlicher ist es, daß seit Anfang der 80er Jahre ein verstärkter Zulauf von Jugendlichen in den Gottesdiensten verzeichnet wird. Ob es sich dabei um die Flucht aus staatlichen Zwängen handelt, die der Jugend die Kirche grundsätzlich als konterrevolutionären Organismus suggerieren, kann kaum beurteilt werden. Die kubanische Wissenschaftlerin Lilian de la Parte hat in einer gesellschaftspolitischen Untersuchung dramatische Entwicklungen festgestellt: 39 Prozent der Bevölkerung sind von Alkoholabhängigkeit betroffen, davon allein 54 Prozent Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren. Gab es in den 50er Jahren noch zehn Selbstmorde auf 100 000 Einwohner, sind es heute 18⁶.

Grund dafür bleibt die katastrophale wirtschaftliche Lage. Das amerikanische Wirtschaftsembargo und die anhaltende Rezession, die durch das Ende der Sowjetunion als wichtigstem Handelspartner verschärft wurde, vermitteln Jugendlichen kaum noch Zukunftsperspektiven. Zwar konnten Stromversorgung und Lebenserwartung wesentlich verbessert werden, die sozialen Umstände bleiben jedoch alarmierend: Der Wohnungsmarkt ist überlaufen, die Prostitution steigt an, 30 Prozent aller Arbeiter gelten als unterbeschäftigt, kaum ein Unternehmen ist wirtschaftlich tatsächlich rentabel, die Nahrungsmittelproduktion ist drastisch zurückgegangen. Kuba kennt seit Jahren nur das System der Verteilwirtschaft: Der Staat rationiert, definiert nach Pro-Kopf-Zahlen. Das hat zum Aufblühen des Schwarzmarkts geführt. 5 kg Reis kosten pro vom Staat verordnete Einheit 1,20 Dollar, der Schwarzmarkt verlangt – will man mehr als die Ration – 7,50 Dollar (Zigaretten: 0,30 Dollar, auf dem Schwarzmarkt 1,60 Dollar). Textilien gibt es in den Geschäften kaum noch.

Zahlreiche Kubaner warten vor den Hotels tagelang auf Gäste, die sie in die sogenannten INTUR-Shops begleiten dürfen: Ausländer können dort alle beliebigen Waren zu gemäßigten Preisen in Dollar erwerben. Einheimischen wird der Zutritt ohne einen Ausländer verwehrt. Das Angebot in den Läden hat sich seit dem Wegfall Panamas als Zwischenlieferant allerdings wesentlich verschlechtert. Eine Aussicht auf Besserung der wirtschaftlichen Lage ist nach dem von den USA 1996 verabschiedeten Helms-Burton-Gesetz kaum zu erwarten. Castro ermuntert seine Landsleute zum Durchhalten. Mit wortgewaltigen und unermüden Reden (die oft mehr als sechs Stunden im staatlichen Fernsehen oder dem Parlament dauern können) versucht er die Basis zu erreichen.

Schwierig blieb in den 60er Jahren auch die Arbeit der Kirche, die grundsätzlich staatlichen Kontrollen unterworfen war, insbesondere bei der Verteilung ausländischer Hilfsgelder⁷. Die kubanischen Bischöfe verurteilten in einem Hirtenbrief am 10. April 1969 die Wirtschaftsblockade. In den nachrevolutionären Jahren stellte sich die Kirche damit deutlich auf die Seite der Regierung, aber Castro versuchte der Welt seine Macht zu demonstrieren: Auf die Stimme der Kirche war er zum damaligen Zeitpunkt kaum angewiesen, so daß er den Weihnachtsfeiertag noch im selben Jahr abschaffen konnte. Die 70er Jahre verliefen für die Kirche im Spannungsfeld von Unterdrückung und ideologischer Bedrängung. In der völligen Konzentration auf sich selbst lernten Gläubige und Amtsträger die Bedeutung der Seelsorge des Zufalls kennen. Obwohl die Kirche nur über wenige Außenkontakte verfügte, war es um so überraschender, als Castro 1979 den Papst einlud, bei seiner Rückreise von Mexiko in Havanna zwischenzulanden. Zu dem heiklen Unterfangen kam es nicht und spärliche Hoffnungen der katholischen Bevölkerung wurden erneut auf die Mauern des Kirchenraums beschränkt. Während in einigen mittelamerikanischen Ländern, besonders Nicaragua und El Salvador, schwerwiegende Veränderungen und die innenpolitische Einmischung der Vereinigten Staaten begannen, erlebte Kuba eine neue Exoduswelle, nachdem zahlreiche Menschen die Botschaft Perus besetzt hatten. Die von Castro als „Vaterlandsverräter“ und „Lumpen“ bezeichneten 120 000 ausgereisten Kubaner demonstrierten noch einmal den Niedergang des Staates.

In der brisanten gesamtmittelamerikanischen Situation forderten deshalb die kubanischen Bischöfe am 6. Dezember 1981 mit einem politischen Hirtenbrief zur friedlichen Konfliktlösung auf, denn auch sie befürchteten 20 Jahre nach der Schweinebucht eine Einmischung durch die USA: „Die Ankündigung von nicht genau definierten Maßnahmen ... ist immer eine Gefahr in den Beziehungen zwischen den Staaten ... Wir widersetzen uns ebensowohl einem bewaffneten Angriff wie auch jeglicher Form der Blockade ... Wir halten die Zeit für gekommen, daß alle betroffenen Parteien erneut überdenken, ob ihre Intentionen und ihr Verhalten einen Beitrag zum Frieden leisten.“⁸ Manche in der Presse lancierte Behauptung ging soweit, daß der amerikanische CIA die kritische Lage der Katholiken für eigene Interessen nutzen wolle.

Erstes Tauwetter zwischen Staat und Kirche

Mit dem Friedensappell der Bischöfe setzte eine erste Annäherung zwischen Kirche und Staat ein. 1984 konnten wieder ausländische Missionare einreisen. Castro ließ es sich nicht nehmen, vor der kubanischen Nationalversammlung den für die Gesellschaft und die Revolution aufopferungsvollen Dienst der Ordens-

schwester zu betonen. Ein Jahr später erschien im Mai das Buch „Fidel y la Religión“⁹. Darin vertraut Castro dem Dominikaner Alberto Libanio, genannt Frei Betto, seine Sicht der Religion an und spricht gleichzeitig eine neue Einladung an den Papst aus. In dem auf Kuba als Bestseller verkauften Buch betont Castro, daß besonders durch die Kirche ein moralischer Faktor in die Gesellschaft gepflanzt werde. Die Kirche zeige – und darum gehe es auch dem Kommunismus –, daß es Bereiche beim Menschen gebe, in die sich niemand von außen einmischen könne. Das Land gewinne diese neue Vorstellung, weil die Christen ein wichtiges Beispiel abgeben und mit ihrer Einstellung zu Gerechtigkeit und Frieden wertvolle Impulse liefern. Bei den vielen politischen Gefangenen auf Kuba bleibt heute allerdings fraglich, ob Castro von der Idee des freien, unangetasteten Denkens wirklich überzeugt ist. Trotzdem – so heißt es in seiner Umgebung – habe er schon bald nach Erscheinen eine Ausgabe des Werks an den Papst geschickt.

Wenige Monate vor der Veröffentlichung des Buchs traf sich eine Delegation amerikanischer Bischöfe mit Castro in Havanna. Ihnen signalisierte der *Lider maximo*, daß er sich „gerne“ mit den kirchlichen Verantwortungsträgern seines eigenen Landes treffen wolle. Die Annäherung erfolgte durch die Begegnungen Castros mit kubanischen Bischöfen am 8. September und 12. November 1985. Während der Revolutionär erste Zugeständnisse für den nur geringfügig erleichterten Zugang der Kirche zu den Massenmedien machte, konnten die Bischöfe die Regierung von ihrem Willen überzeugen, einen pastoralen Kongreß durchzuführen, auf dem die Kirche ihre Richtung für das ausgehende Jahrhundert festlegen wollte. Außerdem ging es darum, in leisen Tönen gegen die faktische Diskriminierung zu protestieren. Mit diesen beiden Treffen gelang es, das Spannungsverhältnis von Nischendasein und Resignation in der kubanischen Kirche zu überwinden und sich selbst eine neue Öffentlichkeit zu vermitteln.

Während Fidel Castro auf dem 3. Kongreß der Kommunistischen Partei (KP) im Februar 1986 die Theologie der Befreiung bewunderte, konnte vom 17. bis 23. Februar desselben Jahres in Havanna der erste nationale Kirchenkongreß (*Encuentro Nacional Eclesial Cubano, ENEC*) einberufen werden, an dem 181 Delegierte aus allen Diözesen des Landes teilnahmen. Dort wurde der Neuaufbruch ebenso propagiert wie der Versuch unternommen, das Minderheitendasein zu überwinden. Was 1979 auf der Kirchenversammlung von Puebla als Aufbruch der Kirche in die Gesellschaft grundgelegt worden war, führte auf Kuba zur Verabschiedung des kompakten Abschlußdokuments, in dem pastorale Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden. Der künftige Weg der Ortskirche sei demnach nur mit den Mitteln von Verständigung und Dialog zu bewältigen. Der Kirche müsse eine neue Identität und bessere Integration in die kubanische Gesellschaft durch den „Dialog des Zusammenlebens“ ermöglicht werden. Man wolle nicht anklagen und verurteilen, sondern retten, erklärte der Erzbischof von Havanna, Jaime

Ortega. In dem Dokument des nationalen Kirchenkongresses wird betont, daß es Bereiche gebe, die zwischen Kirche und Marxismus vereinbar seien, wie etwa Friede und Abrüstung, die gerechte Verteilung der Konsumgüter und internationale Gerechtigkeit. Gleichzeitig werden die Gläubigen ermutigt, das kirchliche Schattendasein zu überwinden und an der Schaffung neuer pastoraler Strukturen mitzuwirken¹⁰.

Zwischen den Kirchenversammlungen von 1986 und 1996

Mit dem Aufbruch – seit dem Kirchentreffen war häufig das Wort vom „kubanischen Puebla“ zu hören – entwickelten sich auch die Taufzahlen: Von 1979 bis 1994 wurde ein Anstieg von 7000 auf 35 000 Taufen verzeichnet. Am 24. Mai 1989 berichtete Radio Havanna über den Besuch des Leiters der „Abteilung für religiöse Angelegenheiten beim Zentralkomitee der KP“ im Vatikan. Man habe dort die ersten Verhandlungen über eine Papstreise 1991 geführt, obwohl diese von den Behörden noch nicht genehmigt war. Die Phase der intensiven – wenn auch erfolglosen – Vorbereitungen für den Besuch, spiegelten sich im öffentlichen Auftreten der Kirche wider. Erzbischof Ortega war nach Gesprächen im Vatikan (April 1989) bemüht, sich vor der Presse in Allgemeinheiten zu erschöpfen. Trotzdem – so seine Auffassung – scheine man in der Kirchengeschichte von einem „Vorher und einem Nachher“ sprechen zu können. Ein solches „Nachher“ sei gegeben, wenn der Papst Kuba besucht habe. Den Dialog mit der Regierung bezeichnete Ortega als „praktisches Gespräch“, da es um alltägliche Dinge, caritativen Einsatz und eine Überwindung der Diskriminierung gehe. Einzige politische Äußerung des Erzbischofs: „Wir wollen keinen Beschränkungen mehr unterliegen.“¹¹

Ähnlich allgemein und in kaum einer Weise politisch liest sich der Hirtenbrief der kubanischen Bischöfe vom 29. Juni 1989, in dem sie auf einen nahenden Papstbesuch hinweisen. Offensichtlich war es notwendig, die Gläubigen grundsätzlich mit der Person des Papstes und dessen Auftrag als „Pilger des Glaubens“ vertraut zu machen: Das Hirtenschreiben ist nicht mehr als eine lexikaähnliche, zusammenfassende Unterweisung, wer der Papst sei und was die Kirche darstelle. Im Sinn eines „erneuerten Humanismus“ auf Kuba kündigen die Bischöfe gleichzeitig einen Pastoralplan an, der die Beschlüsse der ersten kubanischen Kirchenversammlung effektiver umsetzen soll¹².

Aufgrund der veränderten politischen Situation stand zu Beginn der 90er Jahre fest, daß die Zeit für einen Papstbesuch noch nicht reif war. Dazu hatte die weltpolitische Lage nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkung auf Kuba zu tun. Für Castro blieben Tendenzen von Perestroika und Glasnost auf Kuba „unerhörte Begriffe“. Das

kirchliche Leben spielte sich in einem innenpolitischen Wechselbad ab, dessen Entwicklung in den 80er Jahren eher diffus erschien. Die Lage änderte sich seit dem 4. Kongreß der KP (10.–13. Oktober 1991). Dort wurde eine Verfassungsänderung zur Gewährung der Religionsfreiheit in die Wege geleitet, die Kuba ein Jahr später von einem atheistischen in einen laizistischen Staat umwandelte. Außerdem können Gläubige aller Konfessionen seitdem Mitglied in der KP werden. Bereits ein Jahr zuvor hatten sich die Bischöfe erneut in die innenpolitische Diskussion eingeschaltet und den sofortigen Stopp aller Exekutionen von Dissidenten gefordert. Gleichzeitig verlangte die Kirche zusammen mit Amnesty International eine umfassende Gewissensfreiheit auf Kuba.

In der wechselvollen Entwicklung sahen die Bischöfe eine Herausforderung für ihre Arbeit, so daß sie am 8. September 1993 ihre programmatische Botschaft „Die Liebe hofft alles“ veröffentlichten¹³. Dabei handelte es sich – zur Überraschung vieler – nicht nur um eine pastorale Handreichung, sondern um eine deutliche politische Aussage mit Anfragen nach innen und außen. Die Verbreitung des Papiers innerhalb des Landes bei nur eingeschränktem Medienzugang bleibt ein beeindruckendes Zeugnis kirchlichen Widerstands gegen das Regime. Breitere Schichten in der Bevölkerung konnten so die im Dokument enthaltene außenpolitische Kritik am US-Embargo ebenso lesen wie die innenpolitischen Angriffe auf die Regierung, die unfähig sei, den Verfall von Moral und die ausbrechende Gewalt im Land zu verhindern. Haß sei keine konstruktive Kraft, Kuba leide bei der Grundversorgung einen unerträglichen Notstand, der eigenen Kultur drohe ein massiver Identitätsverlust, die exzessive Kontrolle durch die Staatssicherheit, die tägliche Diskriminierung und die hohe Zahl politischer Gefangener machten das Miteinander schwer, so die Bischöfe.

Mit dem Appell, aber auch durch einen offensiveren Umgang mit ausländischen Medien gelangte Kuba erneut in das Interesse der – zumindest katholischen – Weltöffentlichkeit. Der Vatikan versuchte alle Möglichkeiten zu nutzen, um der notleidenden Bevölkerung Kubas zu helfen. Getreidelieferungen durch finanzielle Unterstützung des päpstlichen Rates *Cor unum* liefen aufgrund staatlicher Restriktionen nur langsam an: Durch die kirchliche Kritik am staatlichen System hatte sich das seit 1985 einsetzende Tauwetter zwischen Kirche und Staat kurzfristig abgekühlt.

Der Papst richtete deshalb am 17. August 1994 persönlich einen dramatischen Appell an die internationale Gemeinschaft, den Opfern des Embargos gegen Kuba und Haiti zu helfen. Erzbischof Ortega, der im gleichen Jahr zum Kardinal erhoben worden war, begann unterdessen mit den Vorbereitungen einer zweiten kubanischen Kirchenversammlung, die vom 21. bis zum 25. Februar 1996 stattfand (ENEC II). Rund 150 Delegierte bemühten sich um eine Bilanz zum ersten Treffen zehn Jahre zuvor. Gleichzeitig wollte man neue Perspektiven für die Jahrtausendwende aufzeigen und versuchte, die Forderungen des Konzils – das Ein-

gewurzeltsein der Kirche als Größe in Welt und Gesellschaft heute – zu verwirklichen. In einer Grußbotschaft an die Kongreßteilnehmer erinnerte der Papst, daß, nachdem die Welt große Veränderungen erfahren habe, auch Kuba einen neuen Weg brauche, der von allen eine Mentalitätsänderung fordert, „damit die Spannungen, die Konflikte verursachen, dem Verständnis und dem Dialog weichen“¹⁴.

Ähnlich deutlich sind die Formulierungen des wenige Wochen nach dem Kirchentreffen veröffentlichten Aufrufs der Bischöfe. Dieser Text ist längst nicht mehr eine allgemeine pastorale Unterweisung an die Gläubigen wie noch der Hirtenbrief von 1989. Das Papier fordert die Verbindung der Begriffe Dialog und Versöhnung, attackiert das Helms-Burton-Gesetz und appelliert gleichzeitig an die kubanische Regierung und an Washington, „nicht die alternativen Wege zu Starrheit oder Gewalt zu verlassen ... Es muß auch eine Gemeinschaftsaktion erfolgen, die neue Tragödien verhindert, zur Vernunft aufruft und gerechte Wege der Versöhnung für das gesamte kubanische Volk ermöglicht.“¹⁵

Was bei ENEC I ein langsames pastorales Vorantasten und eine innere Orientierungssuche war, entwickelte sich jetzt zu handfesten politischen Optionen. Nachdem die Bischöfe 1992 noch einmal die Hoffnung geäußert hatten, der Papst könne Kuba schon bald besuchen, kristallisierten sich erst während der zweiten Kirchenversammlung gute Ansätze einer möglichen Visite heraus. In ständiger Pendeldiplomatie hochrangiger Vertreter des Vatikans und der kubanischen Regierung wurden die Grundlinien für einen Besuch abgesteckt. Noch bevor Fidel Castro den Papst besuchte, bat der Verantwortliche für die vatikanische Außenbeziehungen, Erzbischof Jean Louis Tauran, im Oktober 1996 die Regierung in Kuba um größere Freiheiten bei der caritativen Tätigkeit der Kirche und mahnte gleichzeitig die Lockerung zur Visaerteilung für ausländische Missionare an. Während Castro seine Einladung an den Papst bei der historischen Begegnung in Rom aussprach, konnte der römische Generalvikar, Kardinal Camillo Ruini, anlässlich eines Besuches in Havanna im Januar 1997 die Papstreise für ein Jahr später bestätigen.

Die Vorbereitungen der Reise erforderten die gesamte Konzentration der pastoralen Kräfte, gleichzeitig gab es nervöse staatliche Stellen, die Sorge vor einer politischen Aufweichung hatten. Die abtrünnige Castrotochter Alina Fernandez Revuelta spekulierte, daß die Reaktionen nach dem Papstbesuch unkalkulierbar seien und das Regime ihren Vater nicht überleben werde. In den USA lebende Exilkubaner mußten ihre Pilgerreise in die Heimat aus „technischen“ Gründen absagen. Fast provokativ und von den staatlichen Medien ignoriert, wurde dem kubanischen Journalisten Raul Ivero von der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ der Menschenrechtspreis verliehen. Bei den kirchlichen Vorbereitungen konnten die Gläubigen erstmals seit der Revolution eine Messe unter freiem Himmel feiern. Deshalb wuchs die Hoffnung in der Bevölkerung, daß kirchliches Wirken künftig nicht mehr ausschließlich auf den Kirchenraum beschränkt blei-

ben würde. Die 96. Vollversammlung der kubanischen Bischofskonferenz (27. bis 30. Oktober 1997) verabschiedete ein Schlußdokument, in dem es heißt: „Die Religionsfreiheit endet nicht mit der Freiheit des Kultes. Der christliche Glaube, der nicht eine Ideologie ist, kann in jedem politischen System bestehen ohne sich mit diesem unbedingt identifizieren zu müssen. Die Kirche verweigert sich nicht, ihren Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten.“¹⁶

Während Castros Regierung der Kirche in den vergangenen fünf Jahren nach und nach Zugeständnisse gemacht hatte, zeigte er im vergangenen Dezember eine weitere Geste guten Willens und erklärte Weihnachten „ausnahmsweise“ zum offiziellen Feiertag. In der zweiten Januarwoche durfte Kardinal Ortega öffentlich für 30 Minuten im staatlichen Fernsehen auftreten – eine für Kuba bis dahin unvorstellbare Tatsache. Der Kardinal paßte ins Programm der Regierung, denn er betonte, daß auch Johannes Paul II. das Wirtschaftsembargo gegen Kuba ablehne. Gleichzeitig nutzte Ortega die Gelegenheit, den Kubanern die Meinung des Papstes zu Todesstrafe und Abtreibung vorab kundzutun. Die hektischen Vorbereitungen der Visite gipfelten in der Aufforderung Castros an seine Landsleute, die Messfeiern mit Johannes Paul II. zu besuchen.

Der Papst in Kuba – oder: Sieg nach Punkten

Das weltweite Medienspektakel um den Besuch des Papstes vom 21. bis 25. Januar 1998 auf Kuba ist vorbei und es stellt sich die Frage: Was bleibt? Optimistisch spricht Kardinal Ortega davon, daß die Zukunft Kubas begonnen habe. Auch wenn die staatlichen Medien die zahlreichen kritischen Papstworte weitgehend ignorierten, gilt der Besuch als konsequente Fortsetzung eines Weges gegenseitiger Annäherung und des Dialogs. Das revolutionsbedingte Spannungsverhältnis der Kirche zwischen Resignation und Unterdrückung wird es deshalb so nicht mehr geben. Fidel Castro hat eine Ehre erlangt, die ihm politisches Überleben in den kommenden Jahren ermöglicht – auch dann, wenn ihm manche Papstbotschaft weit weniger lieb war als die Freude der kubanischen Bischöfe. Castro selbst erklärte zum Abschluß des Besuchs: „Niemals zuvor wurden so viele Nachrichten und Meinungen über ein so kleines Land in so kurzer Zeit von so vielen Menschen auf der Welt vernommen.“¹⁷ Castro bestätigte damit den Eindruck, daß alle Errungenschaften der Revolution fast ausschließlich Kleinigkeiten im Gegensatz zu diesem fünftägigen Ereignis waren. Auch wenn der Papst für den Zusammenbruch des Sozialismus verantwortlich gemacht werde, so sei es nach Castros Auffassung zutiefst ungerecht gewesen, die Reise „mit der dürftigen Hoffnung auf die Zerstörung der edlen Ziele und der Unabhängigkeit eines kleinen, abgeriegelten Landes, gegen das seit fast vierzig Jahren ein wahrer Wirtschaftskrieg geführt wird, zu verbinden“. Das Medienspektakel Papst war für

Castro ein internationaler Punktsieg – aber für die Kirche, betrachtet man ihre leidvolle Geschichte seit der Revolution, noch mehr.

Generalstabsmäßig war die Visite in Rom vorbereitet worden. Die Dramaturgie in den päpstlichen Reden unterschied sich kaum von anderen Reisen, hatte aber auf Kuba ihre eigene innen- und außenpolitische Dynamik: Schon bei der Ankunft in Havanna hatte der Papst die völlige Freiheit im Land gefordert. Mit der ersten Meßfeier folgte – wie bei vielen Papstreisen – die Einforderung des Wertes der Familien. Dabei gelang es Johannes Paul, sämtliche wunden Punkte der kubanischen Gesellschaft anzusprechen. In solchen Mißständen wolle die Kirche präsent sein und helfen. Der Familienpredigt folgte die Botschaft an die Jugend, ein ähnlich flammender Appell zur Wahrung der eigenen Verantwortung wie beispielsweise während der politischen Beirut-Reise vor einem Jahr. Verantwortung sei ein Teil der Freiheit: „Es kann keine Verantwortung im Glauben geben ohne die aktive und mutige Präsenz in allen Bereichen der Gesellschaft, in denen Christus und die Kirche Gestalt annehmen.“ In aller Deutlichkeit griff der Papst auch das Handelsembargo an.

Die Reisedramaturgie erfuhr dann ihre Fortsetzung in der fast paradoxen Würdigung des kubanischen Priesters und Nationalhelden Felix Varela y Morales, der in der turbulenten Geschichte Kubas im 19. Jahrhundert und auch heute als Patriot gegen ausländische Vereinnahmung gilt. Fidel Castro selbst zeichnete den Papst mit dem Varelaorden aus. Vor Kulturschaffenden verlangte Johannes Paul die gleichberechtigte Integration christlicher Werte in der kubanischen Gesellschaft, die von niemandem ignoriert werden dürften. Demokratie sei die politische Staatsform, die der Natur des Menschen am ehesten entspreche, so der Papst. Mit diesen politisierenden Elementen gehen bei Papstreisen grundsätzlich ausgeprägte pastoral-religiöse Elemente einher. In Kuba war es die Krönung der Muttergottes von El Cobre, dem Nationalheiligtum der Insel. Dem Papst gelang es auch hier, die Bedeutung Mariens geschickt mit der kubanischen Geschichte zu verbinden.

Nach pastoralen Tönen zu Beginn der Messe wurde Johannes Paul Politiker und forderte die Umsetzung von Bürgerrechten, die Versammlungs-, Vereins- und Pressefreiheit. Die katholische Kirche habe das Recht und die Pflicht, an den politischen Debatten des Landes teilzunehmen, so der Papst, der die gesellschaftliche Kritik bei der Begegnung mit Kranken und Behinderten in Havanna erneut fortsetzte und die Freiheit politischer Gefangener anmahnte. Mit der großen Eucharistiefeier auf der Plaza de la Revolución „José Martí“ mündeten sämtliche während der Reise erhobenen Forderungen erneut in einen Freiheitsappell, der die Isolierung Kubas ebenso überwinden müsse, wie er die Gewissens- und politische Freiheit des Menschen zu akzeptieren habe. Der Staat dürfe deshalb weder den Atheismus noch die Religion zu seiner politischen Ordnung stilisieren.

Die Kirche Kubas hat ihr Schattendasein und die von außen provozierte Schwächung überwunden. Die schweren Zeiten der Unterdrückung, die versucht

haben, den Glauben und die kirchliche Struktur zu zermürben, sind vorbei und waren nur bedingt erfolgreich. Der Seelsorge des Zufalls konnten gezielte pastorale Konzepte spätestens seit dem ersten Kirchentreffen folgen. Über alle Jahre ist sich die kubanische Kirche ihrem christlichen Grundauftrag treu geblieben: eine Stimme in der Gesellschaft zu sein und die Hand zu Hilfe, Versöhnung und Dialog entgegenzustrecken. Christliche Nächstenliebe bedeutete den Einsatz zur Versorgung mit dem Notwendigsten und zur Wahrung der Menschenrechte. Was Kommunismus und Sozialismus gelähmt haben, steht heute vor einem neuen Aufbruch. Kubas Kirche hat durch den engagierten Einsatz ihrer Gläubigen und Verantwortlichen überlebt.

Um mit gezielten und ermutigenden Impulsen weiterzuhelfen, hat der Papst die Insel besucht. Die pastorale Visite war zugleich eine politische Gratwanderung, die – das werden die kommenden Monate zeigen – nicht ohne Konsequenzen bleiben kann. Wenn Johannes Paul II. die Bischöfe kurz vor dem Abschluß seines Besuchs aufforderte, auch künftig einen offenen und freien Dialog mit den staatlichen Behörden zu suchen, ist dieser Appell die wiederholte Fortsetzung dessen, was die Bischöfe seit rund zehn Jahren versuchen. Wenn es jetzt gelingt, den Zugang zu den Medien wiederzuerlangen und die während der Reise so häufig eingeforderte völlige Religionsfreiheit umzusetzen, zeigt das den Wert einer solchen Reise. Das Ende einer restriktiven kubanischen Kirchenpolitik ist von Johannes Paul selbst eingeleitet worden, als er zum Abschluß auf dem Flughafen sagte: „Ich rufe Sie dazu auf, weiterhin geleitet von den höchsten moralischen Prinzipien zusammenzuarbeiten, damit die Dynamik, die dieses Volk auszeichnet, zum Wohl aller geistigen und materiellen Wohlstand hervorbringt.“

ANMERKUNGEN

¹ Zit. n. DW Monitor-Dienst Lateinam. 22. 11. 1996.

² Radio Vatikan dt. 20. 11. 1996. ³ In: Rev. Javeriana 55 (1961) 99–102.

⁴ G. Burchardt, Kuba: die etablierte Revolution. Kirchl. Leben unter komm. Herrschaft, in: HK 36 (1982) 250.

⁵ J. Meier, in: LSSW 23. ⁶ Vgl. Internat. Fidesdienst 4060 v. 10. 10. 1997.

⁷ Zur wirtschaftl. Situation und dem Engagement der Caritas: O. Müller, Abenddämmerung d. Revolution. Kuba zw. sozialist. Idealen u. kapitalist. Zielen, in: HK 52 (1998) 45–49; Almanaque de Caridad. Directorio eclesiástico de Cuba; ferner KNA-ID 7. 2. 1991, 10; V. Skierka, in: Die Zeit 22. 1. 1998. ⁸ In: Weltkirche 2 (1982) 21 f.

⁹ Frei Betto, Fidel y la Religión (Havanna 1985); dt: Nachtgespräche mit Fidel (Freiburg/Schw. 1985).

¹⁰ An dem Kongreß nahmen u. a. Kurienkard. E. Pironio u. d. Sekr. d. Lateinam. Bischofsrats CELAM D. Castrillon Hoyos sowie d. Adveniat-Geschäftsführer Weihbf. E. Stehle teil. Zum Kongreß: G. Burchardt, Koexistenz statt Ghetto? Castro u. d. Kirche auf Kuba, in: HK 40 (1986) 167 f.; S. Maillard, Kuba: Vom Anathem zum Dialog, in: Orien 50 (1986) 66 f.; A. Steuer in: KNA 26. 2. 1986; J. Schidelko ebd. 30. 8. 1986; T. Herr in: FAZ 26. 9. 1987.

¹¹ Die Äußerungen Ortegas sind lediglich dokumentiert in: Radio Vat.-Radiogiornale 25. 4. 1989.

¹² In: Weltkirche 9 (1989) 281 ff. ¹³ In: Stimmen d. Weltkirche 35 (Bonn 1993) 23.

¹⁴ In: OR 26. 4. 1996, 12. ¹⁵ In: Weltkirche 16 (1996) 57 f. ¹⁶ Ebd. 17 (1997) 287.

¹⁷ Zit. n. Fernseh-/Hörfunkspiegel Ausland 27. 1. 1998 (Span. TV-Ges. tve internacional); OR 30. 1. 1998, 6. 2. 1998, 13. 2. 1998, 20. 2. 1998.